



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/62 - 14. März 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN. Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Der Bundesfinanzminister und die Kriegsoffer	S. 1
Im Mittelmeer scheiden sich die Geister	S. 2
Frühlingserwachen auch in der CDU?	S. 5
Aus der Tätigkeit der Arbeiterwohlfahrt	S. 7

Trauerspiel um Kriegsoffer

Von H.G.Ritzel, M.d.B.

Da warten die Opfer zweier Weltkriege seit mehr als einem halben Jahr auf die Erledigung der Anträge verschiedener Bundestagsfraktionen, allen voran der Antrag der Sozialdemokraten. Es begann ein Spiel, des Opfers der Kriegsoffer unwürdig. 900 Millionen Aufwand für Erhöhung der Grundrenten und Ausgleichrenten verlangten die Sozialdemokraten, etwa ebensoviel der BHE. 140 Millionen verlangten die Regierungsparteien der CDU/CSU, FDP und DP, aber nur für die Erhöhung der Ausgleichrenten. 180 Millionen bewilligte die Mehrheit des Kriegsofferausschusses und des Haushaltsausschusses, 140 Millionen wollte der Finanzminister bewilligen.

Die Kriegsoffer leiteten Protestaktionen ein. Die Aktionen blieben nicht wirkungslos. Der Antrag der Sozialdemokraten fand plötzlich Unterstützung. Man sprach von erhöhten Millionenbeträgen im Schoss des Kabinetts. Man bereitete Sitzungen des Kriegsofferausschusses vor, denen sich sofort der Haushaltsausschuss angeschlossen haben würde, und vor zwei Tagen schien es so, als ob endlich den Kriegsoffern ihr Recht würde. Da entstand ein Konflikt innerhalb der Bundesregierung. Der Bundesarbeitsminister hatte etwas anderes verstanden, als der Bundesfinanzminister verstanden haben wollte. Zur Stunde ist das Kabinett noch nicht einig. Inzwischen fanden sich die Regierungsparteien zusammen, sie wollen zwar nicht 900 Millionen, aber 640 Millionen für die Kriegsoffer bereitstellen.

Wären die Regierungsparteien bereit gewesen, ihre Abänderungs-

anträge sofort dem Kriegsofferausschuss zu unterbreiten, dann wäre es möglich gewesen, innerhalb einer Woche einen Beschluss des Bundestages herbeizuführen, aber das wollten sie nicht. Sie wollen mit ihrem endlich erarbeiteten, aber noch immer ungenügenden Antrag politische Propaganda machen. Deshalb stellen sie nicht Abänderungsanträge im Ausschuss, sondern unterbreiten einen neuen Antrag dem Plenum des Bundestages, obwohl der Bundestag die schon vorhandenen Anträge den beiden zuständigen Ausschüssen überwiesen hat. Dort wäre der Ort, um sofort eine Entscheidung herbeizuführen. So aber ist der Kriegsofferausschuss mit der Fortsetzung seiner Arbeiten lahmgelegt, bis am Freitag, den 16.3.1956 der Antrag der Regierungsparteien das Plenum passiert haben wird, um an die Ausschüsse überwiesen zu werden.

Die Sozialdemokraten ziehen in logischer Erkenntnis der Situation aus dieser veränderten Sachlage die Konsequenzen. Sie werden einen neuen redigierten Antrag ebenfalls dem Plenum unterbreiten, obwohl sie bis zur letzten Stunde im Ältestenrat bereit waren, ihre Aktivität nicht im Plenum, sondern im Ausschuss zu entwickeln, um endlich einen beschlusureifer Antrag des Kriegsofferausschusses und den Deckungsantrag des Haushaltsausschusses herbeizuführen.

Noch ist unklar, wie der Widerstand des Bundesfinanzministers überwunden werden wird. Man hat den Eindruck, dass sich die Regierungsparteien in die Öffentlichkeit flüchten, um dem Bundesfinanzminister das Ausweichen zu verbauen. Auf jeden Fall ist das Ganze ein Trauerspiel und man fragt sich bis zur Stunde vergeblich, ob die Bestimmung des Grundgesetzes, dass der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik bestimme, im vorliegenden Fall keine Anwendung findet. Die ganze Art, mit der diese notwendige Rentenerhöhung behandelt wurde, ist gleich beschämend für das Ansehen des Deutschen Bundestages und gegenüber denen, die Leben, Gesundheit und Glück geopfert haben.

* * *

Englisch-französische contra amerikanische Auffassungen

b.v. Paris

Vom Parlament nun mit besonderen Vollmachten ausgestattet, versucht die Regierung Guy Mollet aus der algerischen Sackgasse herauszukommen. Es scheint, dass ihr am vorigen Sonntag die britische Regierung in Gestalt ihres Chefs, Sir Anthony Edens, Unterstützung, wenn auch vermutlich nur moralische oder diplomatische, zugesichert hat. Wenn die Unterstützung sich lediglich in diesem Rahmen bewegen soll, wird sie

allerdings Frankreich in der Praxis nicht viel nutzen.

Dennoch erscheint die britische Einstellung den Franzosen erfreu-licher als etwa die amerikanische. Die USA haben deutlich ausgedrückt, dass sie nicht gewillt seien, Frankreich in seinem afrikanischen Kampf auch nur die geringste Hilfe angedeihen zu lassen; die antikoloniali-stische Grundeinstellung der USA verbiete es, sich in die arabisch-französische Auseinandersetzung einzuschalten. Grimmig nennen verärger-te Franzosen diese Darstellung der Lage heuchlerisch und gefährlich.

Heuchlerisch sei sie, weil Algerien keine "Kolonie" ist, sondern eine französische Provinz. Es sei also mit Frankreich viel enger verbun-den als z.B. die Hawai-Inseln (die als amerikanisches "Territorium" gelten, genau wie auch Alaska) mit den USA. Als gefährlich aber be-zeichnen sie die amerikanische Auffassung, weil sie, konsequent in der Praxis angewandt, für Europa zum sicheren Verlust des Mittelmeers und zu automatischer Erhöhung des sowjetischen Einflusses in diesem Gebiet führen werde. Ja, es gibt Stimmen, die in aller Offenheit die Frage aufwerfen, ob die amerikanische Haltung "ölbestimmt" sei, d.h. ob irgendwelche Öl-Interessen die Loslösung Algeriens von Frankreich aus rein geschäftlichen Überlegungen begrüßen würden und gar fördern.

Wenige Stunden bevor Guy Mollet nach London flog, war es in der Stadt Tunis zu einem peinlichen Vorgang gekommen: Die Marseillaise singend und die Tricolore schwingend, waren zahlreiche Europäer zum amerikanischen Generalkonsulat gezogen, hatten dort die Einrichtung zertrümmert und schliesslich die gleiche Übung in der amerikanischen Bibliothek wiederholt. Mag der Vorgang auch nicht von grosser politischer Wichtigkeit sein, so ist er doch für die Stimmung symptomatisch, gleich-viel, ob sie aus sachlich richtigen oder sachlich unrichtigen Überle-gungen entstanden war. Was den Amerikanern vorgeworfen wird - ausser ihrem antlichen "Desinteresse" - ist, dass erstens amerikanische Firmen angeblich Geschäfte mit den Aufständischen machen und dass zweitens durch die fortgesetzten Waffenlieferungen an Ägypten und andere arabische Staaten diese in den Stand gesetzt werden, mindestens einen Teil dieser Ladungen an die Aufständischen weiterzuleiten. Jedenfalls sollen die Truppen der Aufständischen zum Teil mit Waffen amerikanischen Ursprungs ausgerüstet und mit Uniformen gleichen Ursprunges bekleidet sein.

Verschiedene Wege, Moskau fern zu halten

Es heisst, die britische Regierung sei entschlossen, ihre Politik im Mittelmeerraum mit der französischen zu synchronisieren. Was immer darunter zu verstehen sein möge, steht doch fest, dass diese

synchronisierte oder koordinierte Politik den Wünschen Washingtons nicht entsprechen kann. Die amerikanische Auffassung geht dahin, dass man die arabische Welt nur dann davon abhalten kann, sich mit Moskau zu verbündeln, wenn man mit ihr nett und freundlich umgeht. In Paris hingegen wird darauf hingewiesen, dass man nach dem Kriege alles getan habe, um z.B. mit Lybien, dem nordafrikanischen Nachkriegsstaate, nett und freundlich zu sein. Man habe sogar ein eigenes Königreich geschaffen und ihm Unterstützung aller Art zufließen lassen - all' dies aber habe nichts daran ändern können, dass die Sowjets kürzlich dort eine Botschaft eingerichtet haben, unvergleichlich grösser als ihr neuer Betrieb in Bonn, und man dürfe doch wohl annehmen, dies sei nicht geschehen, um ein paar hundert Sowjetbürgern afrikanische Wüstenluft zu bieten.

Kurzum, London und Paris haben entdeckt, dass sie unerwartet einen gemeinsamen Feind in Gestalt der arabischen Welt haben. Nun kann man freilich der Meinung sein, beide Staaten hätten dort eben "kolonialistische" Interessen, die nicht dem Zeitgeist entsprechen und daher nicht unterstützt werden sollten. Bekanntlich gibt es in beiden Ländern etliche Politiker, die, ohne etwa Kommunisten zu sein, diese Auffassung vertreten, die der amerikanischen recht verwandt ist. Gegen sie spricht nach Meinung anderer schon das grosse Interesse, das Moskau diesen arabischen Ländern entgegenbringt, die "herzlichen" Beziehungen, die es überall hin angebahnt hat. Sie meinen, Europa stehe vor der Gefahr, auf friedliche Weise umzingelt zu werden; wenn dies in Washington nicht erkannt werde, so müsse Europa versuchen, sich selbst zu helfen, gleichviel, ob die Mittel, die es anwendet, in jeder Hinsicht gutzuheissen seien oder nicht.

Bisher stand Frankreich mit dieser Auffassung allein. Jetzt ist es erfreut, in England anscheinend einen Gleichgesinnten gefunden zu haben. Ob dieses Sich-finden eine positive Wirkung im Sinne der Beteiligten haben wird, wagt auch in Paris niemand vorauszusagen.

* * *

CDU-Abgeordneter fordert "pluralistische Kulturpolitik"

Von Maria Meyer-Sevenich, M.d.L.

Vom Rednerpult des Niedersächsischen Landtages forderte kürzlich der evangelische CDU-Abgeordnete und Generalsekretär dieser Partei, Arnold Fratzscher (er gehörte zum Freundeskreis des allzu früh verstorbenen Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers), eine "pluralistische Kulturpolitik" in Niedersachsen. Das geschah in einer Debatte, in welcher die SPD die Regierung Hellwege mit gutem Grund äusserst warnte - in allzu grosser Abhängigkeit von katholischen CDU-Kreisen - genau das Gegenteil zu praktizieren. Eine Kulturpolitik also - das gilt im Bereich der Bundesrepublik bekanntlich überall, wo die CDU/CSU an der Regierung beteiligt ist - welche eben nicht die Tatsache der gemischten Konfessionsverhältnisse unseres Volkes zur Grundlage hat, die vielmehr auf dem absoluten, d.h. die Gleichberechtigung aller anderen ausschliessenden Anspruch der katholischen Kirchenführung und den jeweiligen koalitionsarithmetischen Möglichkeiten beruht, diesen Anspruch auch durchzusetzen. Gerade hierin erweist sich seit Jahren der dominierende katholische Einfluss der "christlichen" Partei, der ständig dem propagierten Unionsgedanken widerspricht.

Wenn nun in diesen Frühlingstagen evangelische CDU-Kreise einer pluralistischen Kulturpolitik in Niedersachsen das Wort reden, so kann das doch nur bedeuten, dass sie gewillt sind, der Vormachtstellung der einen Konfession endlich Widerstand entgegenzusetzen; dass sie helfen wollen, einem echten Miteinander der mannigfachen Gruppen unseres Volkes den Weg zu bereiten. Denn eine wahrhaft pluralistische Kulturpolitik besteht nicht etwa darin, dass in schematischer Gleichstellung unterschiedliche Gruppen nebeneinander jeweils "ihre" Kulturpolitik praktizieren, d.h. vor allem "ihre" Schulen haben.

Das sind ja die äussersten Zugeständnisse, zu denen man sich auf katholischer kirchlicher Seite bei uns versteht. Wir betonen bei uns! Denn in Frankreich oder in den angelsächsischen Ländern sieht es ganz anders aus. Was etwa das Schulgesetz von Nordrhein-Westfalen vorsieht, hat mit Pluralismus nichts zu tun. Eine pluralistische Kulturpolitik

setzt vielmehr voraus, dass man - jedenfalls in einem allgemeinsten Sinne - den gemeinsamen Grund der verschiedenen Gruppen und Konfessionen erarbeitet und bejaht. Mit dem Willen zur Formung des Menschen als Individuum und als Glied der Gesellschaft nach Grundsätzen und Erkenntnissen, wie sie z.B. dem deutschen Volke als Bestandteil des humanistischen und christlichen Abendlandes eigen sind. Auf diese für unseren Gesellschaftszustand allgemein verbindliche Grundlage muss dann jede der in das Miteinander einbezogenen Gruppen ihre eigene kulturpolitische Zielsetzung abstimmen können; um der Gemeinsamkeit willen. Das soll ihre jeweiligen Eigenheiten nicht zerstören oder auch nur beschränken. Aber der Pluralismus in der Kulturpolitik besagt, dass der gesellschaftspolitische Bereich nicht konfessionellen oder sonstigen Gruppeninteressen untergeordnet wird, weil anders die Kulturpolitik ihre Gestaltungsaufgabe an der Gesamtgesellschaft nicht gerecht werden kann.

Das niedersächsische Schulgesetz, das in der vorigen Legislaturperiode - gegen den heftigen Widerstand der gesamten CDU - verabschiedet wurde, ist in solchem Sinne Element echter pluralistischer Kulturpolitik. Dagegen führten die katholischen Bischöfe - wie man sich erinnern wird - die Gläubigen auf die Strasse. Dann wurde der Wahlkampf in Niedersachsen angeblich zur Entscheidungsschlacht um das Schulgesetz.

In der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Hellwege war hiervon bemerkenswerterweise keine Rede mehr. Und ein Sprecher seiner Partei, der evangelische Pastor Schönfelder, versicherte, man werde das Schulgesetz unangetastet lassen. Die FDP forderte und bekam das Kultusministerium. Sie ist seit je ein Verfechter pluralistischer Kulturpolitik. Nun tritt sogar ein CDU-Abgeordneter vor das Plenum des Landtages und verlangt - als Gebot selbstverständlicher Toleranz in einem gemischt konfessionellen Lande ! - eine pluralistische Kulturpolitik.

Ob das Geschehen von Düsseldorf nicht doch eine Ära beendet hat?

* * *

1955 - Rekordjahr an Liebesgaben-Einfuhren

sp. Dass die Hilfsbereitschaft des Auslandes zur Linderung der Notlage der durch den zweiten Weltkrieg und seine Folgen Betroffenen immer noch unentwegt fortbesteht, wird am besten durch die Tatsache erwiesen, dass das Jahr 1955, was die Einfuhr von Liebesgaben angeht, in jeder Beziehung ein Rekordjahr war. Das gilt sowohl mengen-, als auch wertmässig. Bislang war es das Jahr 1948 gewesen, in dem für Deutschland die grössten Mengen an Liebesgaben und Spenden hereingelassen waren. Die Einfuhren des Jahres 1955 übertrafen jedoch die bislang geltenden Höchstzahlen noch ganz erheblich.

Das ist im wesentlichen mit darauf zurückzuführen, dass die nordamerikanische Regierung grosse Mengen aus ihren Überschuss-Beständen an landwirtschaftlichen Erzeugnissen (sog. Surplus Commodities), wie Butter, Käse, Milchpulver und verschiedene Fettarten zur Linderung der Notlage in der übrigen Welt freigegeben hatte. Die Freigabe erfolgte über nordamerikanische Wohlfahrtsverbände, die ihrerseits der Regierung gegenüber die Verpflichtung für die ordnungsgemässe und zweckentsprechende Verwendung zu übernehmen haben.

Von dieser Möglichkeit haben alle deutschen Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, darunter auch die Arbeiterwohlfahrt, wirkungsvollen Nutzen ziehen können. Die nordamerikanischen Partnerverbände, mit denen die Arbeiterwohlfahrt in Kontakt steht, haben dafür gesorgt, dass diesem deutschen Wohlfahrtsverband beachtliche Mengen an Lebensmitteln aus der genannten Quelle zufließen.

Sie kamen zum Teil in grossen Gebinden, zum Teil aber auch bereit abgepackt in kleineren Einheiten, was die Verteilung an die Bedürftigen sehr erleichterte. Die Arbeiterwohlfahrt erhielt im Laufe des Jahres 1955 von hochwertigen Überschuss-Lebensmitteln insgesamt über 2.800.000 kg, die einen Wert von etwa DM 6.000.000.-- darstellen.

Es darf damit gerechnet werden, dass auch im laufenden Jahre die Liebesgabensendungen wenigstens denselben Umfang annehmen werden. Der Kreis der bislang zur Verfügung gestellten Überschuss-Güter ist jetzt durch Freigabe weiterer landwirtschaftlicher Erzeugnisse, wie Reis, Weizen und Bohnen erweitert worden.

Nicht unerwähnt darf bleiben, dass die Lebensmittel nicht nur unentgeltlich abgegeben wurden, sondern dass die nordamerikanische Regierung dafür auch die Fracht bis zum Verschiffungshafen trägt und die Zahlung der Seefrachten bis zu den deutschen Häfen übernommen hat.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau